

Information der betroffenen Personen (Bewohner) bei Direkterhebung (Art. 13 DS-GVO)

Verantwortlicher:

Bürgerhilfe Sachsen e. V., Bahnhofstr. 66, 01259 Dresden

Gesetzlicher Vertreter:

Geschäftsführerin Frau Ute Seifert

Datenschutzbeauftragter:

DataOrga GmbH – Ingo Krause, E-Mail: datenschutz@buengerhilfe-sachsen.de

Angaben zur Verarbeitungstätigkeit:

Zwecke der Verarbeitungstätigkeit:

Betreuung von Kindern und Jugendlichen inkl. ihren Eltern, die vom Jugendamt § 19 SGB XIII eingewiesen wurden. Verarbeitet werden dabei Kontaktdaten der Kinder, Eltern, Sorgeberechtigten und Amtsvormündern. Weiterhin werden Daten aus Beratungsgesprächen, Gesundheitsdaten, schulische Daten etc. der Kinder verwendet.

Rechtsgrundlage der Verarbeitungstätigkeit:

Die Verarbeitung ist für die Erfüllung eines Vertrags oder einer vorvertraglichen Maßnahme gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b DS-GVO erforderlich.

Kategorien von Empfängern:

Intern: Mitarbeiter der jeweiligen Einrichtungen

Öffentliche Stelle: Jugendamt und andere Ämter von Städten und Landkreisen

Sonstige Empfänger: Kitas, Schulen, Ärzte, Jobcenter, Gerichte, Beratungsstellen, andere Netzwerkpartner

Datentransfer in ein Drittland:

Es liegt keine geplante Übermittlung in Drittstaaten vor.

Zusätzliche Informationspflichten:

Speicherdauer der personenbezogenen Daten:

Die personenbezogenen Daten werden von uns gelöscht, sobald der Zweck der Speicherung entfällt und keine gesetzliche Regelung eine weitere Speicherung erlaubt oder erfordert.

Rechte der betroffenen Person:

Sie haben ein Recht auf Auskunft (gem. Art. 15 DSGVO) seitens des Verantwortlichen über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO), Löschung (Art. 17 DSGVO), und auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 Abs. 1 DSGVO). Des Weiteren haben Sie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Art. 21 DSGVO) sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO).

Möchten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, wenden Sie sich bitte an den oben genannten Datenschutzbeauftragten.

Beschwerderecht:

Sie haben ein Recht auf Beschwerde, bei der zuständigen Aufsichtsbehörde.

Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten:

Die betroffene Person ist verpflichtet die personenbezogenen Daten bereitzustellen.

Folgen der Nichtbereitstellung:

Ohne Bereitstellung der diversen personenbezogenen Daten ist keine Unterbringung realisierbar.

Automatisierte Entscheidungsfindung:

Es erfolgt keine automatisierte Entscheidungsfindung bzw. Profiling.